

Helga Cremer-Schäfer

(Herrschende) Strategien gegen Armut - Zwischen Propaganda und symbolischer Armutspolitik

Bilder von Armut in Politik, Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit

(überarbeitete Fassung des Vortrags auf der Fachtagung „Soziale Arbeit braucht soziale Politik“ am 29.09.2011 in Bregenz)

1. Die ideologischen Dimensionen von Armutspolitik
2. Die leichte Kritik der offenen Armutsfeindlichkeit
3. Die Bedingungen von sozialer Ausschließung ohne Schuldgefühl
4. Kurzer Blick auf einen längeren Ausweg aus Argumentationsfallen

Zur (herrschenden) Politik gegen Armut gehört eine spezifische Politik gegen Leute, die sich als „arm“ bezeichnen müssen, um sich mit Hilfe von Ressourcen, die sie nicht auf dem Arbeitsmarkt verdienen können oder wollen, in der herrschenden Arbeits- und Lebensweise zu reproduzieren. Mein etwas „geschraubter“ Anfangssatz zeigt Ihnen gleich an, dass keiner ungestraft „Integration“ erwartet. „Dem Armen“ stand zwar seit der Institutionalisierung des modernen Armenwesens eine Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtum zu. Und welche soziale Klasse kann sich heute darauf berufen? Doch zur Armutspolitik gehörte systematisch, auch in dem etwas komfortableren Wohlfahrtsstaat, die Begrenzung dieses Anspruchs auf eine Lebenslage, die als ein unwirtliches „Draußen im Drinnen“ als „Soziale Ausschließung im Inneren“ einer Gesellschaft erfahren wird.

Die ideologischen Dimensionen von Armutspolitik

Ich möchte mit dem Vortrag auf vier Punkte aufmerksam machen:

1. Armutspolitik besteht zum aller kleinsten Teil aus der Organisation einer allgemein und bedingungslos verfügbaren Infrastruktur von Ressourcen, die notwendig sind, um schwierige Situationen zu bearbeiten. Dies können sein: Die schwierigen Situationen des „Arbeitskraft-Unternehmers“, die schwierige Situationen, die durch das Regime der disziplinierten Lebensweise erzeugt werden oder die Existenzschwierigkeiten, die durch Ausschließung von Lohnarbeit, Konsum und Disziplinierung entstehen. Die Entscheidung von Leuten nicht an der herrschenden Arbeits- und Lebensweise teilzunehmen, wäre als „Ausbruchsversuche“ ebenso zu beachten.
2. Um Armutspolitik zu analysieren und politisch zu beurteilen, ist es notwendig, sich recht genau mit dem politischen, fachlichen und wissenschaftlichen Reden über Armut zu befassen, genauer mit den „Denkweisen“ und „Bildern“ und „Theorien“ darüber. Das ist eine eigenständige Form der „Politik mit Symbolen“. Ich sollte etwas genauer sein: Zur Armutspolitik gehört Ideologieproduktion. Ihr Kern ist die dauernde Reproduktion der Aufspaltung in „würdige und unwürdige Arme“. Das geschieht durch soziale und moralische Degradierung.

3. Die Etiketten (der „Stereotyp des unwürdigen und des würdigen Armen“, das Bild, das durch seine Eigenschaften gezeichnet wird) und die Theorien über „Ursachen“ und „Bekämpfung“ von Armut begründen, dass die unerhörte bürgerliche Idee von Gleichheit und erlebbarer Emanzipierung von politischen, sozialen und ökonomischen Zwängen für die jeweils „fragwürdigen Subjekte“ einer Gesellschaft nicht zutreffen kann. Es wird eine Sonderbehandlung legitimiert. „Sie“ verweigern „uns“ das, was sie „unserer guten Ordnung“ schulden, daher können wir ihr Recht auf Mitgliedschaft bestreiten.
4. Für Arme gilt eine spezifische Form der Integration, die „soziale Ausschließung im Inneren der Gesellschaft“. Ein schönes Bild dafür war der Buchtitel „Ghetto ohne Mauern“.¹ Die bleibende Unwirtlichkeit dieses Ortes darzustellen und zu weiteren ideologischen Zwecken auf der Seite der Nicht-Armen zu benutzen, ist ebenfalls als Teil der Armutspolitik zu analysieren.

Ich werde mich in dem Kurz-Vortrag darauf konzentrieren, diese Teile der Armutspolitik als Rahmen für Soziale Arbeit zu analysieren, vor dessen Hintergrund Sie und ich selbst entscheiden können, wie wir in diesem Rahmen arbeiten wollen.

Die leichte Kritik der offenen Armutsfeindlichkeit

Offene Formen der „üblen Nachrede“ über die Armutsbevölkerung durch Wissenschaft, Fachleute und Kulturindustrie sollten nicht übersehen, dass auch durch unbedachtes, fürsorglich-soziales Reden über „Arme“ und „Armut“ die Bedingungen der Möglichkeit von Armutsfeindlichkeit reproduziert und die Vorstellungskraft für Alternativen eingeschränkt wird.

Was wir alle fast routinemäßig und gut kritisieren können, sind die offen armutsfeindlichen und populistischen öffentlichen Reden über die entweder abgestumpften (verwehrten, bärtigen, fetten und nicht fitten) oder parasitären Armen, die auf „unsere“ Kosten sich mehr Einkommen verschaffen als ihnen zusteht. Da es um Bilder geht, habe ich zwei Paare aus den emsigen Diskursen über „die“ Sozialhilfeempfänger, „die“ Wohlfahrtsabhängigen, die „neue“ Unterschicht/Armut, „die Überflüssigen“ mitgebracht. Sie kommen aus den Begleitdiskursen der Einführung der „Agenda 2010“, die der Bundesrepublik wieder Formen der Ausschließung durch Sozialpolitik zurückgebracht hat sowie deren ideologische Funktion neu hervor und umgekehrt hat: Die Darstellung des „impliziten Gesellschaftsvertrages“.

Die programmatische Äußerung der EU, „soziale Ausgrenzung (so zu) bekämpfen“, dass 2010 das Problem erledigt wäre, war in der Bundesrepublik begleitet von der „Agenda 2010“. Dieses Projekt transformierte in der Sprache der wissenschaftlichen und fachlichen Kritiker_innen, das Sozialstaatsregime, das „welfare-regime“ in ein „workfare-regime“, in ein Regime, das in Abstimmung mit dem „Regime“ der Wirtschafts- und Finanzpolitik massenweise Lebenssituationen der Mittellosigkeit und damit Arbeitszwang erzeugt. Man könnte dies als die „strukturelle Armutsfeindlichkeit“ der Sozialpolitik des Neoliberalismus bezeichnen. Dass dies (noch) nicht vor allen Akteuren und Bewegungen als demokratisch legitim und auch nicht im Interesse von wohlfahrtsstaatlichen Berufen und Professionen ist, scheint zumindest auf der europäischen Ebene geahnt worden zu sein. 2008 wurde jedenfalls beschlossen, 2010 in allen EU Ländern zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ zu machen. In vielerlei Hinsicht gibt das Europäische Jahr sich selbst

¹ Hess, Henner; Mechler, Achim 1973: Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

als Beispiel dafür, was unter „symbolischer Politik“ zu verstehen ist. – Besser als jede Lexikon Definition.

Der unsympathische Arme

Das erste Bildpaar zeigt, dass die Darstellung der Merkmale der Armen in ihrer Form fast mehr als in Inhalt und Botschaft sich der Propaganda nähern: Ich entnehme ein Bild einem Wissensmagazin² mit dem Untertitel „Die Welt verstehen“. (Redaktionschluss „März 2005“): Wir sehen ein Paar, das den „white trash“, die Unterschicht, symbolisiert (Abbildung 1). Das Paar verkörpert im Wissensmagazin eine der sieben modernen Todsünden:



Abbildung 1

die Gleichgültigkeit. Das Bild wird durch Hinzufügung eines Textes zum „Sinn-Bild“: „Soziale Verwahrlosung – diese Trägheit des Herzen – gibt es in allen Gesellschaften. Auffällig wird sie nur dort, wo sich innere Lieblosigkeit und äußere Wurstigkeit vereinen. Im sogenannten *white trash*, der heruntergekommenen Lebensart eines Teil der Unterschicht, ergeben sich eine unansehnliche Melange: Menschen, die seelisch erkalten und unempfänglich werden für Signale jeglicher Art.“

Das Paar wird entwertet und fremd gemacht und aus einem Zusammenhang gerissen. Das Wissensmagazin arbeitet mit dem Ekel und Abscheu eines bürgerlichen Publikums, ruft das Ideal des sauberen und gesunden Volk-Körpers auf, die Angst vor „Vermischung“. Die Gewohnheiten der Unterschicht wird als Laster (und sogar als eine der 7 Todsünden) verkauft. Ich liefere hier nur eine Stichwortinterpretation, aber die Benutzung von Topoi, die der Zuweisung von moralischer Schuld dienen und die dem Sozialrassismus entstammen, ist unübersehbar. Wichtig ist an dieser Politik mit Abstraktionen und Symbolen, dass die Aussage des Bildes (als Symbol und Zeichen) für einen bestimmten Zweck „verkehrt“ wird. Die Technik der Verkehrung als ideologische Strategie ist einfach: Man befreit ein „Bild“ aus dem situativen und gesellschaftlichen Kontext und definiert die Bedeutung durch Hinzufügung eines Textes um. Das genügt, um Wirklichkeit zu konstituieren.

Es war mehr oder weniger Zufall, dass der Kontext der Photographie (und ihr biographischer Kontext) auch als ein Bildband und „Familienalbum eines Künstlers in meinem Bücherschrank stand. Der Sohn der Familie, Richard Billingham, Künstler aus der und in der „britischen Arbeiterkultur“, hat seine Familienfotos als ein außerordentliches Familienalbum veröffentlicht.³ Ich würde es als eine der besten, da nie sozial degradierenden Armutsethnographien bezeichnen. Eine der Sache angemessene Bedeutung als Darstellung einer mannigfaltigen, auch ambivalenten Beziehung zu den Klassenangehörigen als Eltern gewinnt das Bild nur in diesem Kontext.

² Geo-Wissen – Die Welt verstehen, Nr. 35: „Sünde und Moral“

³ Richard Billingham 1996: *Ray is'n Witz*, Scalo Zürich, Berlin, New York.

Außerhalb des Kontextes (des Bildbandes, der konkreten Sozialen Beziehungen, der Arbeiterkultur) wird die Aufnahme zur Propaganda – allerdings ohne Paranoia. – Die hat in der BRD eher der Politiker Tilo Sarrazin geliefert (Abbildung 2).



Abbildung 2

Im Vergleich zu dem bundesdeutschen Diskurs über den Sozialstaat als „Hängematte“ und die Kostgänger des Sozialstaats nimmt sich das Bild vom geistig verwahrlosten white trash scheinbar harmlos aus. Die offen sozialrassistischen Geschichten (besser Stories), die Historiker, Investigativ-Journalisten, Bundesbank-Vorstände über die „Neue Unterschicht“ erzählen, sind relativ leicht auf ihren Zweck zu untersuchen. Sie kennen wahrscheinlich zur Genüge was die Noltes, Wüllenwebers und Sarrazins verbreitet haben. (Oder Sie haben es in Österreich von den eigenen Populisten gehört.) Der rote Faden des Diskurses besteht in der Aussage, Armut und Unterschichtzugehörig ist kein ökonomisches Problem, nicht einmal eines der blockierten Chancen. Es liegt am Verhalten, der Lebensführung, der mangelnden Selbstdisziplin, der Abgestumpftheit, der fehlenden Selbstkontrolle, der geschwundenen Arbeitsbereitschaft. Es macht mich unruhig, dass dieses Bild die Etiketten der Definition des „Asozialen“ der präfaschistischen Phase wiederholt. Die Funktion dieses Etiketts besteht darin einen „schuldiges Opfer“ zu schaffen. Eine Figur, die an ihrer „sozialen Schwäche“ selbst schuld ist und sich noch schuldiger macht, weil sie dem „Großen und Ganzen“ (der Allgemeinheit) nicht mehr das geben kann, was jeder ihr als Minimum schuldet: „Uns Leistungsträger“ nicht zu stören, nicht finanziell zu belasten und „uns“ kein schlechtes Gewissen zu machen. Die/der „schuldige Schwache“ unterscheidet sich vom Bild des „Gemeinschaftsfremden“ und „Minderwertigen“ nur insofern, als nicht ausdrücklich von „Gemeinschaftsschädigung“ und „Gefährlichkeit“ gesprochen wird.

Der sympathische Arme

Die häufigste Strategie diese Ideologieproduktion zu kritisieren, besteht darin ein Gegenbild der „würdigen Armen“ zu zeichnen: Ein Bild von den disziplinierten, arbeitenden, sich einschränkenden Armen, die nicht fragen, was das Land für sie tun kann, sondern von sich aus für das Land etwas tun.⁴ So jedenfalls das Bild von Herrn Pfeffer, das ich in einem evangelischen Magazin gefunden habe (Abbildung 3)⁵:

Die Titelei ironisiert die gesellschaftlichen Zwänge: „Wir müssen alle sparen Herr Pfeffer!“ doch die Art und Weise wie Herr Pfeffer dem nachkommt, zeigt, dass das Sparen doch auch vernünftig



Abbildung 3

⁴ An den ideologischen Gehalt dieses Spruchs ist stets zu erinnern – gerade er einstmals von John F. Kennedy als Begleitmusik von Demokratisierung gebraucht wurde.

⁵ Christon 6/ 2004, Beilage in der Süddeutschen Zeitung, Artikel „Na los, an die Arbeit Herr Pfeffer“.

gemacht werden kann:

„Ich ernähre mich fast nur von Milchprodukten und Brot“ –steht über der Abbildung. Auch ein ziemlich beachtlicher Teil der Armutsforschung, der Sozialen Arbeit und der Zusammenschlüsse einer Armenlobby arbeitet an dem Bild der „deserving poor“, der „würdigen“, weil aktiven und arbeitenden Armen. Die (zumindest in der EU verbreitete) allgemeinste Kategorisierung lautet: „Die von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen“. Aber verändern diese Symbolisierungen Politik oder wenigstens die Aufspaltung in „unschuldige“ und „schuldige“ Arme? Ein Gegenbild zu zeichnen ist sicher notwendig, aber nicht hinreichend. Die Versuche, z.B. gegen sozialrassistische Diskurse und gegen die Entlegitimierung des sozialen Sicherheitsstaats die Bedürftigkeit von arbeitenden, disziplinierten Armen, von schutzbedürftigen Kindern und verdienten Alten hervorzuheben, befinden sich insofern in einem Dilemma als ihnen immer wieder Personen vorgeführt werden können, die sich gar nicht mehr einfügen können, die keine Signale der Hilfe wahrzunehmen scheinen, sich, wie es scheint, nicht mehr einfügen wollen: die „unwürdigen Armen“ und ihre „Lebensführungsschuld“.

Symbolische und faktische Ausschließung „ohne Schuldgefühl“ und ohne das „Unbehagen in der Kultur“:

Dass die Bestimmung von Armut als ein „soziales Problem“ so selten eine erfolgreiche „Skandalisierung“ und „moralische Empörung“ gesellschaftliche Verhältnisse erzeugt, sondern viel häufiger Maßnahmen gegen eine damit benannte „Problemgruppe“ befördert, liegt nicht nur an Populisten und Protagonisten des Neoliberalismus. Es liegt an der personalisierenden Denkweise. Von „Ausgegrenzten“ und sozialen „Problemgruppen“ zu sprechen oder „Zielgruppen“ Sozialer Arbeit zu bestimmen, setzt unter bestimmten politischen Bedingungen und in Situationen, wo Ideologien wie Naturtatsachen gesehen werden, sozialer Ausschließung nichts entgegen. Und daher kann diese Form der Kritik immer nur im Feld der Politik „Ideologieproduktion mit Menschenopfern“ feststellen. Woran liegt diese Komplikation? Daran, dass seit der bürgerlichen Idee der Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit Aller in Bezug auf die gleichwohl immer stattfindenden Formen der Ausschließung durch Basisinstitutionen der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Produktionsweise (Markt, Eigentum, Warenform, Bürokratien, Patriarchat) ein „Schuldgefühl“, ein „Unbehagen“ ob der Funktionsweise der Basisinstitutionen zu neutralisieren ist. Das geschieht durch Legitimation, durch Theorien, Etiketten, Bilder. Ideologisch sind diese zu nennen, weil damit Konflikte und Widersprüche überbrückt, nicht aber bearbeitet werden.

Die bürgerlichen Ideen blieben im doppelten Sinn des Wortes „unerhört“; sie können als das erste Beispiel von Politik mit „Symbolen“ gelten. Die „Rechte“ der Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit galt nie für „alle“. Die ersten, für die dieser „Vertrag“ nicht galt, waren Frauen und Kinder, Verrückte und Verbrecher; als bedingt teilnahmeberechtigt galt „der Arme“. Der Legitimationsaufwand diesen sozialen Kategorien Teilnahmemöglichkeiten und Rechte zu verweigern bzw. ihnen Partizipation nur mit dem Preis von Diskriminierung zu eröffnen, wurde ausgeweitet: Die grundsätzliche Ausschließung entlang von „Naturkategorien“ (Geschlecht, Alter, Hautfarbe), entlang politischer oder völkischer Kategorien (Staatsangehörigkeit) und sozioökonomischer Nützlichkeit (als Lohn-Arbeitskraft in einer kapitalistischen Produktionsweise) wurde abmildert. Einen bescheidenen Fortschritt in Sachen Demokratie, Emanzipation und Gleichheit der Lebensmöglichkeiten braucht man vielleicht nicht völlig abstreiten. Die Strategien und Techniken, Menschen (Klassen) „Gesellschaftsfähigkeit“ abzu-

sprechen und faktisch abzuerkennen, haben aber im Gegenzug besondere Fortschritte gemacht. Zwar brauchen die Ausschließung von kapitalistischen Arbeits- bzw. von den Warenmärkten (Enteignung von Eigentumsrechten, Armut, Proletariat, Marginalität) wie auch die staatlich-institutionelle Ausschließung (Nationalstaatliche Grenzziehungen) relativ wenig Rechtfertigung. Wenn sich Ausschließungsdimensionen „überkreuzen“ oder wenn Konkurrenzverhältnisse (zwischen Klassen oder Generationen oder Arbeitskräften) verschärft oder eine „Sonderbehandlung“ für spezifische Gruppen eingeführt (oder beibehalten) werden sollen, dann braucht es eine Neubelebung und Propagierung von „Bildern“ über Menschen und Kollektive, die es legitimieren, dass sie „nach draußen gestellt“ und/oder „sie“ zurecht, weil aus eigener Lebensführungsschuld, apart von „uns“ gehalten oder „sie“ im Vergleich zu „uns“ deutlich schlechter gestellt werden.

Moralisch vorwerfbares „Selbstverschulden“ gelingt dann am besten, wenn ein „fragwürdiges Subjekt“ umfassend „delegitimiert“ wird. Bar-Tal⁶ (1990) unterscheidet fünf Strategien der „Legitimierung“ von Personen und Gruppen: Die Dehumanisierung durch Zuschreibung „minderwertiger“, „inferiorer“, nicht-menschlicher Eigenschaften; die soziale Degradierung, die in der Charakterisierung der anderen durch negative, in einer Gesellschaft nicht akzeptierter Eigenschaften (sozialen Schwächen) oder Motive liegt; das Outcasting, d.h. Benützung von Etiketten, die in einer Gesellschaft Ausschließung, Separation oder Internierung legitimieren (Kriminell); politisch hergestellte Etiketten, die eine „Gefahr“ für Staat und Nation, für Gesellschaft und ihre grundlegenden Werte prognostizieren (Ordnungsgefährdend, Alle unsere Feindbilder), die von Personen oder einer Gruppe ausgehen; und schließlich Vergleiche mit Symbolen und Typen des moralisch Bösen, des Wilden und des Üblen. „Delegitimierung“ fasst alle Kategorisierungen der sozialen und moralischen Degradierungen von Menschen zusammen, die Ausschließungspraxen legitimieren und ermöglichen.

Wenn man sich unsere Institutionen unter der Perspektive anschaut, ob und welche Kategorisierungen sie für ihren „negativen Fall“ zur Verfügung stellen, findet man einen ziemlich vielfältigen Katalog von Etiketten, die gleichsam kumulativ als „Lebensführungsschuld“ vorgeworfen werden können. Das folgende Tableau soll einen Eindruck davon vermitteln, dass Institutionen diese Kategorien verwalten und erzeugen.

<u>Kategorien der Devianz</u>	<u>Institutionen der Disziplinierung und Kontrolle</u>
unterentwickeltes „Humankapital“	Institutionen der Bildung durch Qualifikation & Disziplinierung der Arbeitskraft
Ungebildet	
Wissens- und Qualifikationsdefizit	
Krank Psychische Krankheit/ Störung/Problem Wahnsinn	Institutionen der Heilung und Rehabilitation und Therapie

⁶ Bar-Tal, Daniel (1990): Causes and Consequences of Delegitimization: Models of Conflict and Ethnocentrism, in: Journal of Social Issues, S. 65 - 81.

Soziales Problem Soziale Schwäche, Verwahrlosung Benachteiligt Behindert Delinquent	Institutionen der Fürsorge und der Sorge und Bewahrung Der sozialen Kompensation und Rehabilitation
Bizarres Verhalten	Institutionen der (repressiven) Toleranz
<u>Kategorien der Asozialität</u>	<u>Institutionen der (inneren) Ausschließung</u>
Verbrechen	Strafe, bürgerlicher Tod und Gefängnis
Unbildbar, unbehandelbar, überflüssig, unbrauchbar, unwürdig	geschlossene Anstalten, Formen der Isolierung, Diskriminierung
Gefährlich, brutalisiert, unzivilisiert minderwertig, degeneriert	Apartheid, Gettoisierung, Stigmatisierung,
<u>Kategorisierungen der Unwertigkeit</u>	<u>Institutionen der Dehumanisierung</u>
Feinde	Massenmord (Krieg)
Sklaven, Barbaren, Wilde	Sklaverei, Kolonialismus
Unmenschen	Lager, Ausmerze
Untermenschen	Genozid

Wie können trotz der Deutung von gesellschaftlicher Wirklichkeit als „soziale Ungleichheit“ (d.h. interessiert hergestellte Abweichung von der Idee der Gleich-Berechtigung aller) Diskriminierte für unmoralisch, unverschämt, asozial, schuldig, unverantwortlich, gefährlich, roh, unzivilisiert und ein legitimes Objekt von Separation und Apartheid gehalten werden? Wie ist es möglich, „ohne Schuldgefühl“ zu diskriminieren und an der Verdammung der „Verdammten dieser Erde“ (Franz Fanon) zu arbeiten?

Die im amerikanischen Exil während des Krieges gegen den Nationalsozialismus durchgeführte Antisemitismusforschung der älteren kritischen Theorie (Theodor W. Adorno und u.a. Bruno Bettelheim und Leo Löwenthal) behält einiges an Aktualität und Aufklärung über die

Anfälligkeit von Demokratien für antidemokratischen Bewegungen und die Bereitschaft, soziale Ausschließung mit Hilfe ihrer Institutionen zu praktizieren.⁷ Diese wächst, wenn

1. Unwissenheit und Konfusion ein gesellschaftlicher Grundzustand sind.
2. Sie wächst, da das Unverständliche einer „nicht wirklich erlebten Welt“ zu verstehen, erfordert, „Stereotypie“ zu praktizieren: Abstraktionen („Etiketten“), personalisierende Theorien und „Schlüssel-Ideen“ werden für die Lösung von Problemen propagiert. Öffentlichkeit ist ein Forum für den Austausch von Ideologien, nicht von Erfahrungen. Die Schlüsselerklärungen und Bilder sind in Bezug auf demokratische oder autoritäre Entwicklungsmöglichkeiten nicht „neutral“. Autoritäre und totalitäre Entwicklungen werden dadurch stärker begünstigt als befreiende.
3. Die Anfälligkeit wächst, da in einer Situation von sozialer Angst und drohendem Statusverlust („Die Ordnung ist in Gefahr“) die Suche nach zulässigen, annehmbaren, plausiblen, verständlichen, notwendigen Schließungspraktiken wahrscheinlich wird. Politik wird „instrumentalisiert“ und jedes Mittel gerechtfertigt, wenn es „Chaos beendet“ oder für die „richtigen Leute“ den gewollten Zweck erreicht.
4. Der Topos „Es gibt keinen Himmel auf Erden“ steht für gewollte Ungleichheit. Er wird benutzt, um Ungleichheit aus der Natur des Menschen abzuleiten oder sie als Notwendigkeit für das Funktionieren von Gesellschaft darzustellen.
5. Der Slogan „Erziehung statt sozialer Reformen“ wird aktiviert: Die Welt wäre schon in Ordnung zu bringen, wenn die Menschen erst einmal reifer, zivilisierter und verantwortungsbewusster wären, ihre eigenen Interessen zugunsten des Großen und Ganzen zurückstellen würden, weniger egoistisch handelten, Notwendigkeiten und Autoritäten und Traditionen akzeptieren und Frustrationen auszuhalten lernten.
6. Das Gebot „Kein Mitleid mit den Armen“ gehört zur Ideologie des Markt-Liberalismus und der Konkurrenz. Wohlfahrt erscheint damit als das Verdienst und Eigentum der „Produktiven“. Sie entscheiden, wer von den Habenichtsen und „Kostenfaktoren“ würdig und berechtigt ist, davon abzubekommen. „Wohltätigkeit“ hat nur noch Bedeutung für die Demonstration von Überlegenheit der Erfolgreichen.

Die unter 1-6 genannten Ideologien lesen sich nicht nur wie die Umkehrung der Annahme, dass gesellschaftlich erzeugte Ungleichheit auch durch einen kollektiven Akt zu regulieren wären, sie organisieren die Umkehrung. Und selbst der prekäre Schutz, der „Problemgruppen“ zugestanden wurde, wirkt „verdreht“.

Wenn in einem Konflikt eine Partei als ein Problem gekennzeichnet wird, deren Zugehörigkeit oder Gesellschaftsfähigkeit in Frage steht, dann hat sich „der Akzent bereits subtil verschoben“. (Adorno u.a. 1969, S. 222f) Als „Problem“ fixiert zu werden, macht zum Objekt, zum Material, auf das eine zweckmäßige Lösung angewendet werden kann.

Unter der Gleichheitsidee verbietet es sich von selbst, Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität, ihrer Einkommensklasse, ihrer Problemlage zu beurteilen. Und es verbietet sich auch, Menschen innerhalb der Kategorien „gleich“ zu machen: Frauen sind nicht alle gleich! Die antistereotype Idee, nach der es

⁷ Adorno, Theodor W. u.a. (1968, 1969): Der autoritäre Charakter. Studien über Autorität und Vorurteil, Bd. 1 und 2, Amsterdam: Raubdruck; vgl. zum Folgenden auch die Kritik der „Kultur der sozialen Probleme“, in: Cremer-Schäfer, Helga und Heinz Steinert 1998: Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie, Münster: Westfälisches Dampfboot.

überall Gute und Schlechte, Bescheidene und Unverschämte, vernünftige Menschen und parasitäre Existenzen, Unauffällige und Gefährliche, Kriminelle und Anständige gebe, enthält auch eine gegenläufige Dialektik, eine neue Stereotypie: In einer Situation, wo es zum „guten Ton“ gehört, nicht stereotyp „nur“ nach Nationalität, Rasse, Alter, Geschlecht und Nützlichkeit einzuteilen, brauchen Ausschlusspraktiken und Redeweisen „Personalisierungen“. Wenn natürliche, kulturelle oder politische Kategorien als Begründungen für Ausschließung verpönt sind, bleibt als letzte Möglichkeit der Kategorisierung der Person die der individuellen Moral, die - zirkulär - an der Fähigkeit und Bereitschaft, herrschende Moral zu leben, abgelesen wird. Für dieses Manöver braucht es Bilder von Armen, die aus Eigenschaften (Untugenden), aus Lebensführungsschuld und Gefahren sowie Belastungen für „uns“ durch „sie“ bestehen.

Im Hinblick auf dieses Argumentationsmaterial hat „Prävention“ funktioniert. Viele sind bestens vorbereitet für die symbolische Politik, die Andere zur „Belastung“ und zu unverträglichen Fremdkörpern („Misfits“) konstruiert. Das macht sie zu *Objekten* von „verstehbaren“ und „einsichtigen“ Verteidigungs-Interventionen. Ich könnte bei meinen anfänglichen Bildern weitermachen.

Ein kurzer Blick auf einen längeren Ausweg

Es gibt sicher nicht nur einen Weg aus der beschriebenen Argumentationsfalle. Eine gewisse Distanz zur Reproduktion von sozial degradierenden Kategorisierungen von Personen und Gruppen haben sich Forschungen erhalten, die sich nicht Personen und Gruppen als Forschungsgegenstand wählen, sondern sich für Handlungsstrategien interessieren, die durch die Leute selbst gebraucht werden, um Situationen und Episoden sozialer Ausschließung zu bearbeiten. Studien zur individuellen Bearbeitung von Situationen sozialer Ausschließung zeichnen zwar auch ein Gegenbild zu den öffentlichen Diskursen über die „Alimentationsmentalität“ der Wohlfahrtsempfänger. Sie zeigen auch, dass die Wohlfahrtspolitik von „von unten“ gemacht wird. Dazu gehört vor allem, dass die Eigenständigkeit, auch in schwierigen Situationen das Leben in die eigene Hand zu nehmen, nicht nur im Interesse von Wohlfahrtsempfängern liegt, sondern auch zu deren Alltagsroutinen gehört. Nachdrücklich ist aus dieser Perspektive die Tendenz des Wohlfahrtssystems zu problematisieren, „nachhaltige“ Bewältigungsstrategien, die über einfache Subsistenzsicherung hinausgehen, zu illegalisieren, z.B. in dem sie als „strategische Nutzung“ (sprich „Ausnutzung“) oder als ein sich nicht integrieren lassen wollen definiert werden.

Dieser Forschungszugang knüpft in der begrifflichen Diskussion von Reproduktionsstrategien an die Perspektive der Geschichte „from below“ an, derzufolge Menschen ihre Geschichte und ihr Leben selbst machen, „wenn auch nicht aus frei gewählten Stücken“. ⁸ Um die be- und verurteilende Typisierung und Aufspaltung von „Armen“ zu vermeiden, geht dieser Ansatz nicht mehr von „Armen“ als einer identifizierbaren Gruppe aus, sondern fasst Armut als Extremsituation von gesellschaftlich verbreitet und oft episodenhaft erfahrenen Situationen (gradueller) sozialer Ausschließung. Zudem legt er ein Verständnis von „Wohlfahrt“ als allgemeine Infrastruktur zu Grunde, welche öffentliche und subkulturelle Ressourcen bereit-

⁸ Die Perspektive „from below“ und die Bezugsliteratur findet sich in einer sehr kompakten Darstellung in: Bareis, Ellen/ Cremer-Schäfer, Helga 2008: Reproduktionsstrategien und die Reproduktion von Armutsfeindlichkeit. In: Alich, Monika/ May Michael (Hrsg.), Kompetenzen im Sozialraum, Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt. Opladen & Farmington Hills, S. 109-132

stellt, die benötigt werden, um in der herrschenden Arbeits- und Lebensweise ein „eigenes Leben zu betreiben“.

Den Befunden der Studien zufolge geht die Wohlfahrtspolitik von unten (sprich die Nutzung sozialer Dienstleistungen) nicht von Überlegungen aus, dass man sie gemäß der „Leistungsgerechtigkeit“ „verdient“ habe. Vielmehr wird von der Wohlfahrtspolitik Reziprozität *und* das Prinzip der „Sorge“ erwartet. Beides: Jeder soll bekommen, was er oder sie braucht, um ein einigermaßen unabhängiges und eigenes Leben zu führen.

Die diskreditierende Rede von einer „Anspruchshaltung“ gegenüber dem Wohlfahrtsstaat hat einen „wahren Kern“, der im Kontext von reflexiven Forschungsmethoden auch öffentlich und dadurch ganz normal gemacht werden kann. Die meisten Leute haben es nicht aufgegeben nach den guten Diensten und materiellen Mitteln zu suchen, die ihnen „begrenzte Autonomiegewinnen“ ermöglichen, wie das Georg Vobruba (2003) formuliert hat. In einer bereits häufiger darstellten Studie über „Wohlfahrtspolitik von unten“, an der ich beteiligt war (Vgl. Steinert/Pilgram 2003, Böhnisch/Cremer-Schäfer 2004) haben wir in Erfahrung gebracht, dass die Ermöglichung eines „weniger abhängigen Lebens“ als das wichtigste Beurteilungskriterium von Dienstleistungen und materieller Sicherung angesehen wird. Im Vergleich zu den Freiheitsideologien und der Selbstbestimmungs-Rhetorik nimmt sich diese Anspruchshaltung durchaus zurückhaltend aus, aber das ist meines Erachtens kein Grund sie wissenschaftlich außer Acht zu lassen. Die Aufgabe besteht darin sie als Kritik und verallgemeinerbarer Anspruch zu übersetzen und dadurch ernst zu nehmen, dass diese Anspruchshaltung als vernünftig und notwendig rekonstruiert wird.

Ergänzungen zu Herrn Pfeffer und Ray:



Abbildung 4



Abbildung 5

Zur Person:

Prof. Dr. Helga Cremer-Schäfer, Jahrgang 1948, hat Gesellschaftswissenschaften studiert und arbeitet als Hochschullehrerin am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Zu den Arbeitsschwerpunkten der Professur mit dem Schwerpunkt „Sozialpädagogik und soziale Ungleichheit“ gehören:

- Analysen der Arbeitsweise helfender und strafender Institutionen;
- Öffentliche Diskurse über soziale Figuren (die „Jugend“, der „Arme“, der „Kriminelle“) und „soziale Probleme“;
- Analysen von Prozessen sozialer Ausschließung und der Herstellung von Differenz;
- Strategien der Subjekte zur Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen der sozialen Ausschließung bzw. der Diskriminierung und Stigmatisierung.

e-mail: Cremer-Schaefer@em.unifrankfurt.de